

Umweltausschuss	23.04.2013
-----------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	187/2013-SUA
-------------	--------------

Stand	21.03.2013
-------	------------

Betreff Umsetzung des Aktionsplans Klimaschutz der Stadt Bornheim

Beschlussentwurf

Der Umweltausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Aktionsplans Klimaschutz der Stadt Bornheim zur Kenntnis.

Sachverhalt

Am 17.06.2009 hat der Umweltausschuss den Aktionsplan Klimaschutz der Stadt Bornheim beschlossen. Am 29.06.2011 erfolgte zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Umweltausschuss ein weiterer Beschluss mit dem Inhalt, zur beschleunigten Umsetzung und Prioritätenbildung einen Klimabeirat unter Beteiligung der Kommunalpolitik zu bilden, Mittel für eine externe Unterstützung der Umsetzung zur Verfügung zu stellen und dem Umweltausschuss jährlich zu berichten.

2011/2012 waren dann davon geprägt, dass das von der ILEK-Projektgruppe Erneuerbare Energien/ Energieeffizienz angeregte interkommunale Klimaschutzkonzept (IKK) der vier bzw. sechs linksrheinischen Kommunen gefördert und aufgestellt wurde. In diesem Rahmen konnte mit den zur Verfügung gestellten Mitteln das Bornheimer Klimaschutzkonzept bzgl. des Endenergieverbrauchs und CO₂-Ausstoßes von 2007 auf das gleiche Bezugsjahr 2010 aktualisiert werden (vergl. Vorlage 47/2013-SUA). Inzwischen ist das IKK in allen sechs linksrheinischen Kreiskommunen beraten und seine kommunalspezifische Umsetzung beschlossen worden. Ein erster Schwerpunkt ist der Förderantrag für den interkommunalen Klimaschutzmanager, der ebenfalls in allen Kommunen mehrheitlich beschlossen wurde. Der Förderantrag soll bis Ende März federführend von der Gemeinde Wachtberg gestellt werden.

Der Vergleich des Endenergieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes in Bornheim in den Bezugsjahren 2007 und 2010 zeigt bereits eine interessante Entwicklung, die aber erläuterungsbedürftig ist (s. hier auch o.g. Vorlage 47/2013-SUA):

Endenergieverbrauch	2007	2010	Differenz
	GWh	GWh	GWh
Haushalte	387	332	-55
städt. Gebäude	21	15	-6
Handel/Dienstl. /Gewerbe	144	188	44
Verkehr	332	402	70
Gesamt	884	937	53

CO2-Ausstoß	2007	2010	Differenz
	1000t/a	1000t/a	1000t/a
Haushalte	101	97	-4
städt. Gebäude	5	4	-1
Handel/Dienstl. /Gewerbe	48	64	16
Verkehr	92	132	40
Gesamt	246	297	51

Zulassungszahlen	2007	2010	Differenz
PKW Diesel	5282	6235	953
PKW Benzin	18377	17968	-409
LKW	1341	2356	1015
Gesamt	25000	26559	1559

So hat der Endenergieverbrauch in den Sektoren Handel/Dienstleistungen/Gewerbe und im Sektor Verkehr stark zugenommen, im Bereich Haushalte und städtische Einrichtungen aber deutlich abgenommen. Die Zunahme des Verbrauchs ist geprägt von der Gewerbeentwicklung Bornheims in den Jahren 2007-2010 und hier insbesondere im Bereich Logistik, wie die starke Zunahme der Zulassungszahlen bei LKW belegt (+1015 LKW). Diese Zunahme ist aus Sicht der Stadt Bornheim gewollt und kann nicht als klimapolitische Fehlentwicklung interpretiert werden. Dagegen ist die Entwicklung im Bereich Haushalte und kommunale Einrichtungen als Weg in die richtige Richtung einzustufen.

Der Aktionsplan Klimaschutz hat in einer Zusammenfassung 15 Schwerpunkthandlungsfelder definiert, die im Folgenden noch einmal aufgeführt und mit einer ersten Bewertung versehen sind:

Die 15 wichtigsten Empfehlungen von A bis O:

A Steigerung der Energieeffizienz: Stetige Verbesserung der Energieeffizienz und Reduzierung der CO₂-Emissionen durch investive Maßnahmen, durch bessere Information und geändertes Nutzerverhalten.

Sachstand: Sanierung und Erweiterung verschiedener kommunaler Hochbauten auf EnEV-2009-Standard insbesondere durch die Umsetzung der KP II-Maßnahmen, Implementierung der Energieberatung mit der Verbraucherzentrale.

B Energiecontrolling: Ausbau der vorhandenen Bestandsaufnahme für die städtischen Gebäude und Anlagen durch den schrittweisen Aufbau eines Energie- und Kostencontrollings, auch mit zusätzlichem Personal (BMU-Förderung nutzen!).

Sachstand: Bisher nur für das Rathaus installiert, als ILEK-Pilotprojekt. Ausdehnung auf weitere Gebäude scheitert bisher an fehlendem Personal, zusätzliche Förderung konnte bisher nicht erreicht werden.

C CO₂-neutrales Rathaus: Energetische Sanierung des Bornheimer Rathauses nach dem Leitbild der CO₂-Neutralität (Senkung der jährlichen CO₂-Emissionen um mindestens 70 %; BMU-Förderung nutzen!).

Sachstand: Sanierung des Rathauses mit Passivhauskomponenten. Umstellung auf 100%-Ökostrom, Prüfung BHKW-Einsatz. Eine CO₂-Neutralität war kostenmäßig bisher nicht darstellbar

D Energieverbund Rathaus/Gymnasium/Wohnstift: Stadtbetrieb Bornheim als möglichen Betreiber einer Nahwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung ins Auge fassen; Voraussetzung ist die Klärung rechtlicher und baulicher Fragen (BMU-Förderung nutzen!).

Sachstand: Wohnstift hat inzwischen eigenes BHKW, ebenso das benachbarte Verwaltungsgebäude, Wärmeverbund wäre heute unwirtschaftlich, für eine intensive Vorbereitung und Umsetzung derartiger Projekte fehlt die Personalkapazität in der Verwaltung.

E Basis-KWK: Untersuchung aller (größerer) städtischen Gebäude auf die Einsatzmöglichkeit von Blockheizkraftwerken für die Deckung des Grundlast-Wärmebedarfs mit gleichzeitiger Stromerzeugung (Bundes- und BMU-Förderung nutzen!).

Sachstand: Eine solche Untersuchung wäre wünschenswert, aber im Hochbau stehen vorerst keine personellen Kapazitäten zur Verfügung, um solche Untersuchungen durchzuführen. Empfehlung: bei Heizungssanierungen Contracting mit z.B. Anbieter von regenerativ betriebenen oder KWK-Anlagen prüfen.

F Straßenbeleuchtung - Ausleuchtungsqualität: Abschätzung der CO₂-Minderung (und der Kosteneinsparung) durch eine neue Definition der geforderten und gewünschten Ausleuchtungsqualitäten und -quantitäten.

Sachstand: Einzelne Pilotprojekte (Rathausparkplatz Alter Weiher, Bushaltestellen) sind inzwischen erfolgreich realisiert. Ergänzend hierzu wird der SBB im Rahmen der Unterhaltung - wenn möglich - NAV-Leuchten durch LED zu ersetzen, bei Straßenneubaumaßnahmen Grundsatzbeschluss zur Verwendung von LED-Technik denkbar.

G Energieorientierte Bauleitplanung: Anwendung einer Checkliste für eine energieorientierte Bauleitplanung als Bornheimer Praxisstandard (Dienstanweisung).

Sachstand: Checkliste der ILEK-PG wurde 2012 aktualisiert. Darüber hinaus stehen weitere konkrete Maßnahmen noch aus.

H Städtebauliche Verträge: Nach Klärung von fachlichen und juristischen Fragen: Wo möglich, städtebauliche Verträge für energiesparendes, klimaschonendes Bauen (Passivhausstandard) vereinbaren und als Bornheimer Baustandard vermarkten.

Konkrete Maßnahmen und Vereinbarungen stehen noch aus.

I Konzeption einer städtischen Energieberatung: Organisatorische und finanzielle Konzeption für eine unabhängige Beratungsstelle, insbesondere in Kooperation mit den linksrheinischen Nachbargemeinden im Kreis und der ILEK-Projektgruppe (Landesförderung und interkommunale Zusammenarbeit nutzen!).

Sachstand: s. unter A, zusätzlich Projekt des interkommunalen Klimaschutzmanagers und Pilotprojekt mit dem RSK zur Intensivierung der Beratung

J Beratung für die Stadt, für Investoren und Gewerbe: Unterstützung bzw. Anregung von fachbezogenen, spezifischen Beratungsangeboten durch den Rhein-Sieg-Kreis.

Sachstand: Rhein-Sieg-Kreis hat 2012 Erfahrungsaustausch Klimaschutz etabliert. Bisher kommunale Veranstaltungen 3-4-mal pro Jahr.

K Vorrang für erneuerbare Energien: Vorrangigen Einsatz von erneuerbaren Energieträgern prüfen für alle städtischen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen (Dienstanweisung).

Sachstand: Bisher fehlt die Personalkapazität, um dieses Thema umfassend und systematisch anzugehen, lediglich einzelne Ansätze (z.B. Hallenfreizeitbad, GS Hersel).

L Windenergie: Hilfestellung für mögliche Investoren bei der Belegung der festgelegten Konzentrationsfläche.

Sachstand: Projekt mit Enercon läuft mit deutlicher Unterstützung des Bürgermeisters, Realisierung mit Bürgerbeteiligung und Einbeziehung der städtischen Energieversorgung 2014 angestrebt.

M Energiebewusste Beschaffung: Erstellen einer Bornheimer Checkliste zur Beachtung bei anstehenden Beschaffungsfällen (Dienstanweisung).

Sachstand: Hier ist abzuwarten, welchen Erfolg §17 Tarifreue- und Vergabegesetz NRW zeitigt (Berücksichtigung des Umweltschutzes bei Vergaben, Verordnung für Mai 2013 erwartet).

N Nutzerverhalten in städtischen Einrichtungen: Wo immer möglich, Informationen über bessere Energieeffizienz geben, auch (finanzielle) Anreize schaffen!

Sachstand: Bisher nur allgemeine Informationsangebote an Nutzer. Neuer Anlauf für Fifty/fifty in Schulen wäre wünschenswert.

European Energy Award®: Die Teilnahme am eea für ein gesamtstädtisches Energiecontrolling und zur Imagepflege einsetzen (Landesförderung nutzen!).

Sachstand: Bisher keine Aktivitäten.

Neu:

Mobilitätskonzept/ E-Mobilität

Sachstand: Hier sollten gemeinsam mit dem SBB und dem Stromnetzbetreiber kommunale Pilotvorhaben entwickelt werden.

Der Bürgermeister beabsichtigt, bis zur Sommerpause 2013 innerhalb der Verwaltung und im Klimabeirat diesen Vorschlagkatalog ggf. ergänzen und Prioritäten zur Umsetzung festlegen zu lassen.